

DIE ÖSTERREICHISCH – UNGARISCHE MONARCHIE UND DIE ORGANISIERUNG OSTRUMELIENS 1878 – 1879

VON
ISTVÁN DIÓSZEGI

Das zaristische Rußland schloß am 3. März 1878 den Frieden von San Stefano so, daß es die Vorschriften des Budapester Abkommens außer acht gelassen hat. Das sich bis an die Küste des Ägäischen Meeres erstreckende und auch Mazedonien umfassende Bulgarien war ein „großer slawischer Staat“, dessen Zustandekommen das Budapester Abkommen ausgeschlossen hat. Indem Rußland einen Vertragsbruch begangen hat, wurde es auch seinen früheren balkanpolitischen Grundsätzen untreu. Das Verbot des Zustandbringens eines großen slawischen Staates wurde erstens nicht ohne Gegenleistung in den Text des Abkommens aufgenommen: die Österreichisch – Ungarische Monarchie stimmte gleichzeitig dem zu, daß auch die Errichtung eines anderen großen Staates auf der Balkan-Halbinsel verboten werde.¹ Es handelte sich hier sinngemäß um die Wiedererrichtung des Byzantinischen Reiches, gegen deren Möglichkeit sich die zaristische Diplomatie immer heftig verwahrt hat. Zweitens aber widersprach das Verbot des Zustandbringens eines großen slawischen Staates auch den russischen Interessen nicht. Die zaristische Außenpolitik hielt das Entstehen solcher Staaten auf den Trümmern des Türkischen Reiches für erwünscht, die groß genug sind, um existieren zu können, aber zu klein dazu, um ohne russischer Vormundschaft auf eigenen Füßen zu bestehen.²

Die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie bewegte sich in den 1870er Jahren auf einer eigenartigen Zwangsbahn. Der gemeinsame Außenminister und einstiger ungarischer Revolutionär Gyula Andrassy teilte ursprünglich die Grundsätze der traditionellen österreichischen Balkanpolitik nicht. Der Schutz einer türkischen Integrität war ihm ebenso fremd, wie eine gemeinsam mit Rußland erfolgende Expansion zu Lasten der sich im Auflösen befindlichen Türkei. So wie viele seiner Zeitgenossen, rechnete er mit einer natürlichen Umgestaltung des Balkans und erwünschte eine von jedweder äusseren Intervention freie Neugestaltung des Balkans. Er anerkannte das Recht sämtlicher Nationen zur Eigenstaatlichkeit, auch die Slawen mit inbegriffen, doch hätte er es gerne gesehen, wenn die große Umgestaltung eine Kräftigung der Griechen,

Albaner und Rumänen mit sich gebracht hätte. Für Andrassy war freilich der Balkan nur ein Nebengebiet der Diplomatie. Er hatte — wie dies der Budapester preußische Generalkonsul gelegentlich aufgezeichnet hat — Tag und Nacht Rußland im Sinne.³ Für seine Hauptaufgabe hielt er das Zustandekommen einer europäischen Koalition zur Verhinderung der russischen Expansion. Sein Wohlwollen dem Balkan gegenüber war auch von einer großpolitischen Berechnung diktiert: er hoffte, daß bei dem kommenden großen Zusammenstoß die Völker und Staaten dieses Raumes nicht die Verbündeten Rußlands sein werden.

Die liberale, russischfeindliche Außenpolitik war jedoch im Europa der siebziger Jahre ein aufgelegter Anachronismus. Das Bündnisangebot Andrassy wies zuerst England, dann Deutschland zurück, Frankreich aber suchte nach dem Frankfurter Frieden die Gunst des Zarismus. Der mit einem liberalen außenpolitischen Programm auftretende Andrassy war schon 1873 gezwungen den an die Zeiten Metternichs erinnernden Dreikaiserbund zu unterfertigen. Diese Vereinigung der Großmächte beschränkte einigermaßen die Bewegungsfreiheit Rußlands, gestaltete aber auch die liberale österreichisch-ungarische Balkanpolitik für unzeitgemäß. Der Ausbruch der Krise im Orient, sodann die Aktivisierung Rußlands nötigten Andrassy zu weiteren Konzessionen. Das Abkommen von Reichstadt vom Jahre 1876 war ein regelrechter Teilungsvertrag zwischen den beiden Großmächten, in dem sich teils die Gesichtspunkte der traditionellen österreichischen Außenpolitik, teils die herkömmlichen Vorstellungen des Zarismus verkörpert haben. Nachdem sich der Zarismus zum Krieg gegen die Türkei entschlossen hatte, war Andrassy in Ermangelung einer europäischen Hilfe auch dazu gezwungen die Österreichisch-Ungarische Monarchie, entgegen gewisser Garantien, zu einer wohlwollenden Neutralität gegenüber Rußland zu verpflichten. Es war einige Wahrheit in der Bemerkung des Emigranten Lajos Kossuth, wonach Andrassy „den Wagen der Russen so lange schob, bis dieser nach Plevna und von dort noch weiter gelangte“.⁴ Der bittere Kelch lief damit über, daß das siegreiche Rußland ausschließlich seine eigenen Vorstellungen durchsetzen wollte, und sich auf einen Frieden vorbereitete, in dem er das Interesse seines Vertragspartners ausser acht ließ. In den kritischen Wochen vor San Stefano stellte Andrassy großangelegte Versuche an um die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von ihrer Zwangsbahn, auf die sie die determinierenden internationalen Umstände gestellt haben, herauszuhelfen. Zweimal trat er mit einem entschiedenen Kriegsvorschlag vor den gemeinsamen Ministerrat, und behauptete, dies sei die letzte Gelegenheit, um die Gegensätze zwischen der Monarchie und den Slawen mit europäischer Hilfe zu regeln.⁵ Die europäische, ganz genau die britische Unterstützung schien für wahrscheinlich, diesmal aber erwies sich die Monarchie mit ihren vielen Nationalitäten als ein Hindernis. Die kriegesischen Vorstellungen Andrassy unterstützten nur die Ungarn und die Polen, die übrigen, namentlich die Slawen, äußerten sich entschieden dagegen. Der Frieden von San Stefano kam trotz des österreichisch-ungarischen Einspruchs zustande, und zur Änderung der hinsichtlich

der Machtinteressen nachteiligen Artikel blieb nur ein einziges Mittel übrig: die Diplomatie.

*

Die österreichisch-ungarische Diplomatie machte seit Anfang März 1878 Anstrengungen im Interesse dessen, daß Rußland die Bedingungen des Friedens von San Stefano einer Revision unterziehe. Ihr Vorgehen beruhte auf einer internationalen Rechtsgrundlage: der Pariser Frieden vom Jahre 1856 internationalisierte die türkischen Angelegenheiten, und machte jedwede Änderung von der Zustimmung der Signatarmächte abhängig. Andrassy meinte die Revision an einem europäischen Kongress am ehesten zu erreichen, deshalb schlug er England im April 1878 formell die tunlichst baldige Einberufung der Signatarmächte vor. In seinem, an den österreichisch-ungarischen Botschafter in London gerichteten Brief, in dem er die Einberufung des Kongresses vorschlug, erörterte auch seine Vorstellungen im Zusammenhang mit einer Revision des Friedens von San Stefano.

Andrassy betonte in seinem diplomatischen Briefwechsel mit Petersburg seit März dauernd den russischen Vertragsbruch, seinen an London gerichteten Vorschlag formulierte er jedoch nicht auf der Grundlage des internationalen Rechtes, sondern gemäß der Erfordernisse der außenpolitischen Zweckmäßigkeit. Die wichtigste und an erster Stelle genannte Forderung bezog sich auf die Abänderung jenes Artikels des Friedens von San Stefano, der im Budapester Abkommen nicht figurierte, auch nicht figurieren konnte: die Abänderung der Zeitdauer der auf zwei Jahren in Aussicht gestellten russischen Okkupation in Rumänien und Bulgarien. Der österreichisch-ungarische Außenminister unterstützte seine Forderung mit gewichtigen Argumenten: „Das Prinzip, daß Rußland seine Occupationstruppen solange in Bulgarien belasse, bis die Durchführung einer Constituierung des neuen Staates gesichert sein wird, — nach den Friedenspräliminarien eine Frist von zwei Jahren — ist absolut unannehmbar. Wie groß oder klein immer Bulgarien sei, so wird Rußland, wenn zwei Jahre daselbst verbleibt, Zeit haben, eine Organisation zu schaffen, welche nicht nur aus Bulgarien selbst, sondern auch aus der ganzen Türkei einen Vasallenstaat für Rußland creiert“. ⁶ Die der russischen Anwesenheit entspringende Gefahr kann laut Andrassy nur in einer Weise behoben werden: wenn die russischen Truppen wenige Monate nach Abschluß des endgültigen Friedensvertrags Bulgarien und Rumänien verlassen. Bei der Formulierung der zweiten Forderung hätte er sich schon auf die Budapester Abkommens berufen können, doch scheint er es für günstiger erachtet zu haben dieses, seitens der britischen Diplomatie nur geahnte und mißbilligte Abkommen nicht zu erwähnen. Ohne sich auf das internationale Recht zu berufen stellte er fest, daß er eine Einengung der Grenzen Bulgariens für nötig hält, zumindest im Ausmaß jenes Prinzips, das ein Zustandekommen eines großen slawischen Staates zu Lasten der nicht slawischen Völker ausschließt. Im umfangreichen Brief formulierte Andrassy auch sonstige Konzeptionen, wie die Aufhebung der russischen

Verwaltung in Bulgarien, die Notwendigkeit des Schutzes der griechischen Interessen, die Kräftigung der Türkei gegenüber Bulgarien, sodann in einem zwei Wochen später abgefaßten Memorandum den Wunsch, wonach England die Österreichisch – Ungarische Monarchie in ihrer Absicht einer Annexion von Bosnien-Herzegowina unterstützen möge.⁷ Obwohl der letztere Punkt von besonderer Wichtigkeit war, zeigten die Äusserungen im Ganzen überzeugend, daß Andrassy die größte Bedeutung einer so bald wie möglichen Durchführung der russischen Evakuierung zumißt.

Die Außenpolitik Englands und die der Österreichisch – Ungarischen Monarchie verfolgten zur Zeit der östlichen Krise und des russisch-türkischen Krieges keineswegs die gleiche Linie. Die englischen Liberalen wollten die Türkei ihrem Schicksal überlassen, ja sie neigten sogar dazu, daß sie sich zu Lasten der Türkei mit Russland einigen. Die konservative Regierung richtete sich nach den alten Normen, wegen der allgemeinen Meinung war sie jedoch nicht in der Lage sich entschieden zu verpflichten. Andrassy war sich mit den beschränkten Möglichkeiten der britischen Regierung im reinen und – obwohl ihm wiederholt der Antrag gestellt wurde – zögerte er ständig die gemeinsame Richtlinie vertraglich festzulegen.⁸ Die beiden Mächte verstanden sich erst als die Russen in die Vorstadt Konstantinopels einmarschierten: die russische Lösung der orientalischen Frage war für sie beide unannehmbar. Sowohl in Wien wie auch in London zog man ein gemeinsames bewaffnetes Auftreten in Erwägung, das nur deshalb nicht erfolgt ist, weil der gemeinsame Ministerrat – wie bereits erwähnt – Andrassy abgestimmt hat, und weil sich die Russen schließlich doch nicht getraut haben Konstantinopel einzunehmen. Das sich in den kritischen Wochen gestaltete Einverständnis blieb auch nach dem Frieden von San Stefano erhalten, und Andrassy hoffte mit Recht, daß seine Vorschläge in London Zustimmung finden.

Aus der Identität der Interessen folgt aber nicht unbedingt der gleiche Interessenschutz. Die Lenker der britischen Außenpolitik erblickten die größte Gefahr nicht in einer dauernden Anwesenheit der Russen am Balkan, sondern in dem im Frieden zustandegebrachten Groß-Bulgarien. Sie meinten, daß der den östlichen Teil der Balkan-Halbinsel umfassende Staat Konstantinopel unmittelbar bedrohe, und wann immer eine Ausgangsbasis für einen neueren russischen Aufmarsch sein könnte. Sie erblickten deshalb die Aufgabe darin, Bulgarien zwischen möglichst enge Grenzen zurückzudrängen. Der englische Botschafter in Wien fragte am 23. April – ohne auf die sonstigen Vorschläge Andrassy zu reflektieren – ob Österreich – Ungarn geneigt wäre die Initiative zu ergreifen, daß der Gebirgszug des Balkans als südliche Grenze Bulgariens bezeichnet werde. Der englische Botschafter wies auch darauf hin, daß sie den südlichen Teil Bulgariens als autonome Provinz an die Türkei zurückgliedern wollen.⁹ Andrassy lehnte die Initiative ab. Er befürchtete, daß eine derartige Initiative einen Krieg mit Rußland provozieren könnte, einen Krieg den die Monarchie allein ausfechten müßte. Mit dem englischen Gegenantrag sympathisierte er auch auf Grund anderer Überlegungen nicht. Seiner

Meinung nach könnte ein unabhängiges und ein autonomes Bulgarien nicht lange nebeneinander bestehen, früher oder später würde die Vereinigung erfolgen, wie dies auch im Falle der Moldau und der Walachei geschah. Gegen eine Einengung der Grenzen Bulgariens war er nicht, er hielt aber eine solche Regelung für zweckmäßig, welche die bulgarischen Bezirke dem neuen Fürstentum beläßt und Bulgarien keinerlei Grundlage für weitere Forderungen bietet.¹⁰ Zweifellos ist, daß gegenüber dem englischen Vorschlag, der jedwedes praktische Element entbehrte, die Konzeption Andrassy eine Rationalität aufwies.¹¹ Nach mehrfachem Briefwechsel zwischen Wien und London lösten sich schließlich die Meinungsverschiedenheiten in einem Kompromiß auf. Der englische Außenminister zeigte schon Ende April seine Bereitschaft an, Andrassy in der Einschränkung der russischen Besetzung Bulgariens zu unterstützen, falls der österreichisch – ungarische Minister des Äußeren England dabei behilflich ist Bulgarien hinter das Balkan-Gebirge zurückzudrängen.¹² Schließlich schlossen die beiden Großmächte eine Vereinbarung, in der sie hinsichtlich ihres Verhaltens am Berliner Kongress übereingekommen sind.¹³

Zur Zeit der diplomatischen Vorbereitung des Kongresses erwies sich auch, daß Andrassys Bedenken, wonach Rußland die Frage der südlichen Grenze Bulgariens als *casus belli* betrachten könnte, unbegründet war. Die Außenminister nahmen damals nur die russische Verhandlungsbereitschaft wahr, doch was sie zu dieser Nachgiebigkeit bewegte, konnten sie nicht genau wissen. Aus den neuerdings an die Öffentlichkeit gelangten Akten des zaristischen Außenministeriums geht hervor, daß das Bulgarien von San Stefano im russischen Präferenzsystem überhaupt keine Vorrangstellung eingenommen hat.¹⁴ In Petersburg maß man der Erhaltung der zu annektierenden Gebiete, der Umgebung von Batum und Kars, sowie der Zurückgewinnung Süd-Bessarabiens eine primäre Bedeutung zu, und wegen der Grenzen Bulgariens beabsichtigten sie überhaupt keinen Krieg zu führen. Als man sich englischerseits geneigt zeigte die geplanten russischen Annexionen anzuerkennen, stimmten sie als Gegenleistung ohne weiteres dem bei, daß die südliche Grenze Bulgariens der Gebirgszug des Balkans sei. Es war dies eine regelrechte machtpolitische Manifestation, die vom Eigennutz inspiriert, aber zugleich auch dazu geeignet war, die Petersburger Mißstimmung im Zusammenhang mit der Schaffung von Groß-Bulgarien zu zerstreuen. Das Bulgarien von San Stefano war nämlich groß und stark genug, um auch ohne russischer Vormundschaft auf eigenen Füßen zu bestehen und den Bestand eines solchen Staates erachtete Rußland – wie wir bereits gesehen haben – nicht für erwünscht.

Der unter den Großmächten schon im voraus ausgestaltete Konsens ließ seine Wirkung auch am Berliner Kongress fühlen, und dies ermöglichte es, daß der Vorfrieden von San Stefano durch den Berliner Vertrag ersetzt wurde. Von den zahlreichen Artikeln des Vertrags lohnt es sich hinsichtlich unseres Themas zwei hervorzuheben: den dreizehnten, wonach das südlich des Balkan-Gebirgszuges gelegenes Gebiet mit dem Namen Ostrumelien als autonome Provinz an die Türkei zurückgeschaltet wurde, sowie den zweiundzwanzigsten, demnach die russische Besetzung aus

Bulgarien und Ostrumelien neun Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunde des Vertrags beendet werden muß.¹⁵ Die beiden Artikel legalisierten die englischen, beziehungsweise die österreichisch – ungarischen Bestrebungen, doch damit sich diese realisieren können, mußten noch die Vorschriften in Kraft gesetzt werden.

*

Der Berliner Vertrag übertrug die Ausarbeitung des Statuts von Ostrumelien einer europäischen Kommission, die im Einvernehmen mit der türkischen Regierung vorzugehen hatte. In Berücksichtigung der Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten vor dem Kongress, konnte man mit Sicherheit annehmen, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht leicht lösen wird. Hinsichtlich der Ausarbeitung des Statuts mangelte es auch an einer englisch – österreichisch – ungarischen Übereinstimmung. England wollte ein liberales, den westeuropäischen Verfassungen ähnliches Statut in Kraft treten lassen, teils um damit der Bevölkerung eine Garantie gegen die alten türkischen Mißbräuche zu bieten, teils um damit den in Erscheinung tretenden Anschlußbestrebungen dem Fürstentum gegenüber vorzubeugen. Andrassy hingegen war der Ansicht, daß jeder zu große Unterschied in der Einrichtung von Ostrumelien und den übrigen Provinzen der Türkei den Keim einer Lostrennung Ostrumeliens und seiner Vereinigung mit Bulgarien in sich bergen würde.¹⁶ Den englischen Vorstellungen stimmte Andrassy nur unter der Bedingung zu, daß die Hoheitsrechte des Sultans weder in der zivilen noch in der militärischen Verwaltung geschmälert werden. Es ist verständlich, daß bezüglich der Zukunft Ostrumeliens der türkische und der russische Standpunkt einander diametral gegenüberstanden. Die türkische Regierung trachtete ihre souveränen Rechte tunlichst vollkommen zu restaurieren, die russische Regierung legte die Autonomie als eine Stufe zur Unabhängigkeit aus.

In der das ostrumelische Statut ausarbeitenden europäischen Kommission war die Österreichisch – Ungarische Monarchie durch Béni Kállay vertreten. Der damals neununddreißigjährige Diplomat-Politiker gehörte zur dritten Generation der ungarischen Liberalen, zu jener Generation, die auch noch nach dem österreichisch – ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867 irgendeine ungarisch-südslawische Zusammenarbeit für möglich hielt. Als Belgrader Generalkonsul war er nach 1868 bestrebt bei der Pforte eine Überlassung Bosniens an Serbien zu erwirken. Im Laufe des russisch – türkischen Kriegs erregte er hingegen damit Aufsehen, daß er in dem mit der Türkei sympathisierenden ungarischen Parlament erklärte: die Auflösung des Osmanischen Reiches ist eine historische Notwendigkeit, und die Auflösung wird schon in naher Zukunft erfolgen. Nach solchen Antezedenzen erscheint es für selbstverständlich, daß er sich im Laufe der Arbeit der Kommission nicht eindeutig auf einen türkischfreundlichen Standpunkt stellte. Andrassys ambivalente Meinung legte er in der Art eines Diplomaten aus, und meinte auf Grund dessen, daß auch er vor allem die Errichtung solcher Institutionen betreiben muß, welche die

Zufriedenheit der Bevölkerung auslösen. Diese Auffassung und Absicht gehen auch aus dem Entwurf hervor, den er bezüglich der Organisationsarbeiten erstellt hat. Im Programm ist unter anderem folgendes zu lesen: „La Commission s'efforcera de donner à la Roumelie Orientale une organisation répondant, autant que les circonstances le permettent, à l'esprit qui a dicté les institutions des pays de l'Europe occidentale, afin que la province puisse s'associer au mouvement de la civilisation moderne et participer à ses bienfaits.“¹⁷ Im Entwurf war von einem Volksvertretungssystem, einer Gleichberechtigung der Konfessionen, einem liberalen Pressegesetz, einer persönlichen und Vermögenssicherheit, einem unabhängigen Gericht, allesamt von solchen Institutionen die Rede, die zu jener Zeit tatsächlich nur in einer modernen Verfassungsmäßigkeit existieren konnten.

Das von den Wiener Instruktionen einigermaßen abweichende Verhalten Béni Kállays hatte zur Folge, daß sich im Laufe der Verhandlungen der Kommission eine österreich-ungarisch-englische Zusammenarbeit entwickelte. Diese war in erster Linie gegen die Türkei gerichtet, doch durchkreuzten sie in zahlreichen Beziehungen auch die russischen Bestrebungen. Die Türken wollten den legislativen Wirkungskreis der Provinzialversammlung auf ein Minimum beschränken, und hielten daran fest, daß jedes Gesetz vom Sultan sanktioniert werden muß. Kállay erklärte die Sanktionierung der Gemeindegesezte seitens des Sultans für überflüssig und stimmte dem englischen Vorschlag zu, wonach jedes Gesetz, falls der Sultan sich innerhalb eines Monates nicht äußert, als sanktioniert zu betrachten sei.¹⁸ Er stimmte für den russischen Antrag, demnach aus der Reihe der Mitglieder der Provinzialversammlung ein ständiger Ausschuß zu bilden ist.¹⁹ Der Ausschuß hatte die Aufgabe, die Provinzialversammlung beim Gouverneur zu vertreten, und erinnerte als solcher stark an eine zweite Exekutivgewalt. Er widersetzte sich dem Antrag daß das Türkische zur Amtssprache erklärt werde und schlug vor, daß in der Verwaltung und vor Gericht, die türkische, bulgarische und griechische Sprache in gleicher Weise gebräuchlich werde.²⁰ Kállay arbeitete freilich in zahlreichen Fragen auch mit den Türken zusammen. Als der türkische Delegierte den Antrag stellte, auch die Angelegenheit der Repatriierung auf die Tagesordnung der Verhandlungen der Kommission zu setzen, schloß er sich dem Antrag mit der Erklärung an, daß „wir nicht für die Berge und Ebenen eine Organisation schaffen, sondern dem Volk, von dem ein Teil außerhalb der Provinz, unter verzweifelten Verhältnissen lebt.“²¹ Sein Standpunkt war genauso wie seine Ansicht hinsichtlich des Sprachgebrauchs vom doktrinären Liberalismus motiviert, aber in diesem Fall fiel die politische Zweckmäßigkeit viel schwerer ins Gewicht. Béni Kállay erachtete zusammen mit den englischen Diplomaten die Autonomie Ostrumeliens, seine Absonderung von Bulgarien für besser gesichert, wenn die Provinz über eine bedeutende türkische Bevölkerung verfügt. Deshalb stimmte er für den Antrag, wonach jeder, der vor dem 1. Januar 1877 in Ostrumelien wohnte, mit dem Recht der Besitzergreifung an seinem Wohnort zurückkehren kann.²² Freilich muß erwähnt werden,

daß der Beschluß keinerlei praktische Bedeutung hatte. Die neuen Vermögensverhältnisse hätten nur durch eine bedeutende Auslandsanleihe geändert werden können (zu deren Flüssigmachung niemand geneigt war²³) und übrigens verhinderte die russische Militärverwaltung jedwede Rücksiedelung.²⁴

Die Tätigkeit des österreichisch – ungarischen Diplomaten löste sehr bald Unwillen der türkischen Regierung aus. Die Hohe Pforte stimmte schon der Delegierung Béni Kállays in die europäische Kommission nur zögernd zu, und nun, da sie in seinen Äußerungen neuere türkenfeindliche Momente feststellen konnte, brachte sie ihre Mißbilligung dem österreichisch – ungarischen Ministerium des Äußeren zur Kenntnis. Herr Kállay – schrieb der türkische Außenminister – trat in seinem Vorschlag als Gesetzgeber auf und regte in gewissem Ausmaß die Beseitigung der türkischen Gesetze an.²⁵ Kállay hatte ein Argument zur Verteidigung seines eigenen Vorgehens. „Wenn also wir bemüht sind, wirklich moderne und die Civilisation befördernde Institutionen einführen, hiedurch erheben wir den sichersten Damm gegen die eventuellen bulgarischen und russischen Agitationen, da das Volk zufriedengestellt wird“²⁶ – schrieb er an Andrassy. Bekanntlich war jedoch der österreichisch – ungarische Außenminister hinsichtlich dieser Frage anderer Meinung, und sah die Zusammenhänge gerade umgekehrt. Für ihn war aber auch nicht der Charakter des Statuts das wichtigste. Gelegentlich des Auftretens der türkischen Diplomatie schrieb er seine Meinung unzweideutig Kállay: „Unsere nächste Interesse ist und bleibt, daß die russische Occupations-Armee zunächst aus Ostrumelien und dann aus Bulgarien zurückgezogen werde. Zu diesem Zwecke ist es weniger relevant, welche Constitution Ostrumelien erhält, als daß es überhaupt constituiert werde, um den russischen Truppen evacuirt werden zu können.“²⁷ Der Stellungnahme folgte eine unmißverständliche Anweisung: Kállay mußte im Laufe der Erarbeitung des Statuts zukünftig jeder Auseinandersetzung mit dem Vertreter der türkischen Regierung aus dem Wege gehen.

Nach dem Auftreten der türkischen Regierung erhielt auch das Petersburger Außenministerium eine Note aus London. In dieser beklagte man sich über das Schwierigkeiten bereitende Verhalten des russischen Delegierten und die gesamte Tätigkeit des russischen Regierungsapparats in Ostrumelien wurde einer Kritik unterzogen.²⁸ Kállay erhielt im Zusammenhang mit der Note eine solche Information von seinem englischen Kollegen, daß die englische Regierung „fest entschlossen ist einen Krieg zu beginnen, falls Rußland dem Berliner Vertrag nicht Genüge tut.“²⁹ Wahrscheinlich war der Entschluß auch letzt nicht fester als ehemals, immerhin erreichte die Note so viel, daß auch der russische Delegierte aus Petersburg angewiesen wurde, sich nachgiebiger zu verhalten. – Nach dieser zweifachen Warnung wurden die Arbeiten der Kommission beschleunigt. Russischerseits erfuhr Kállay eine bedeutende Nachgiebigkeit,³⁰ er selbst aber disputierte gemeinsam mit seinem englischen Kollegen nicht weiter, sondern stimmte bloß ab, oder er tat eine kurze Erklärung.³¹ Als Ergebnis der beschleunigten Arbeiten schloß die Kommission ihre

Tätigkeit am 27. März 1879 ab, um einen Monat später aber, am 26. April 1879 unterzeichneten die Vertreter der Großmächte in Konstantinopel das endgültig abgefaßte Exemplar der Organisationsstatuten.

*

Die Beschlüsse des Berliner Kongresses, sodann das Erscheinen der europäischen Kommission wurden in Südbulgarien mit heftigem Protest aufgenommen. Der Protest der bulgarischen Bevölkerung trat in verschiedenen Formen in Erscheinung. Nach dem Eintreffen der europäischen Kommission in Plovdiv Entfaltete sich eine förmliche Massenbewegung der Petitionen: von Zehntausenden unterschriebenen und der Kommission überreichten Ansuchen protestierten gegen eine Restaurierung der Türkenherrschaft in jedweder Gestalt. Vielerorts kam es aus verschiedenen Anlässen zu Massendemonstrationen die schon die Grenze von Gewalttaten berührten. Im Kreis Adrianopel behinderte eine Menge von mehreren hundert Köpfen die Arbeit der Grenzfeststellungskommission, der Kommission, die sich mit der Abmarkung der neuen Grenzlinie zwischen der Türkei und Ostrumelien beschäftigte. In Nova Zagora zwang die Menge jene Abordnung sich zu entfernen, die zur Übernahme der Kreiskassen eingetroffen war, und in der sich auch der österreichisch-ungarische und der englische Delegierte bei der europäischen Kommission befand. In Sliven wurde der Finanzdirektor durch Eingreifen des russischen Militärs aus seiner bedrängten Lage befreit. In Adrianopel demonstrierte eine Menge von mehreren tausend Personen gegen eine Rückkehr der Türken und auch gegenüber dem griechischen Erzbischof von Adrianopel kam es zu einer Atrozität. Eine der augenfälligsten Formen des Widerstandes war die allgemeine Volksaufrüstung, die mit russischer Hilfe vor sich ging. Die bulgarische Bevölkerung verfügte über ca. hunderttausend Schußwaffen, und in den verschiedenen Turnvereinen und Milizen wurde ihr eine reguläre militärische Ausbildung erteilt. Diese bewaffnete Macht konnte bei Gelegenheit auch zu tatsächlichen Kriegshandlungen eingesetzt werden; zur Verhinderung einer Rückkehr der türkischen Armee genauso wie zu einer Offensive gegen die noch von den Türken besetzten Gebiete. Zu einem solchen Angriff kam es bei einer Teilnahme von etwa viertausend Bewaffneten – allerdings erfolglos – im mazedonischen Kreis Kresna.³²

Der in verschiedenen Formen in Erscheinung tretende bulgarische Volkswiderstand erfüllte den österreichisch – ungarischen Delegierten der europäischen Kommission mit Besorgnis. „Es ist nicht zu leugnen – schrieb er nach den Vorfällen in Nova Zagora –, daß die politische Lage in Ostrumelien schon düster ist, und mit jedem Momente, der uns dem Endtermin der Occupation näher bringt, sich bedenklich gestalten dürfte.“³³ Im Zusammenhang mit der Massenkundgebung in Adrianopel äußerte er sich folgendermaßen: „Die Lage ist, ich muß Euer Excellence wiederholen, eine sehr ernste; die Ausführung des Berliner Vertrages scheint im höchsten Grade gefährdet zu sein.“³⁴ Die Gewalttaten von Sliven bewegten ihn zu einer ganz pessimistischen Prognose: „Offener Widerstand gegen Ein-

führung organischen Statuts, vielleicht auch allgemeine Erhebung kaum vermeidlich“³⁵ – telegrafierte er nach Wien.

Die pessimistischen Prophezeiungen im Zusammenhang mit dem Berliner Vertrag beziehungsweise dem ostrumelischen Statut waren nicht bloß Produkte von oberflächlichen Impressionen, sondern adäquate Widerspiegelungen der im juridischen und politischen Sinn widersprechenden Situation. Ostrumelien geriet unter die Souveränität des Sultans zurück, die Person des Sultans war durch den ernannten Generalgouverneur vertreten, die reguläre türkische Armee durfte aber nicht, beziehungsweise nur im Falle einer äußeren oder inneren Gefährdung in die Provinz einmarschieren. Gleichzeitig bestand in Südbulgarien eine nennenswerte bulgarische bewaffnete Macht, welche die Unterstützung des Gemeingefühls des Volkes hinter sich wußte, und die potentiell dazu geeignet war, die Ausübung der souveränen Rechte des Sultans zu verhindern. Es war dies ein Konflikt zwischen dem positiven internationalen Recht und der tatsächlichen Macht, und es ist natürlich, daß die interessierten Parteien den in der Lage gelegenen Widerspruch zu ihrem eigenen Nutzen aufzulösen wünschten. Entweder so, daß sie das internationale Recht mit Bajonetten unterstützen wollten, oder so, daß sie für die tatsächliche Macht irgendeine Legalität suchten.

Die erstere Vorstellung tauchte schon zur Zeit der Erarbeitung des Statuts auf. Der französische Delegierte der europäischen Kommission beantragte die Ernennung eines westeuropäischen Generalgouverneurs, und erklärte auch, daß er für diesen Posten den französischen Vizedelegierten der Kommission als am besten geeignet hält. Der genannte Diplomat genießt laut Vorschlag das Vertrauen der Russen, die übrigen Mitglieder der Kommission schätzen ihn hoch ein, und auch im Kreise der Bulgaren ist er sehr populär.³⁶ Der Antrag fand beim russischen Delegierten eine freundliche Aufnahme, weil – wie er sagte – nur die Ernennung einer fremden Person zum Gouverneur die Bulgaren einigermaßen beruhigen könnte.³⁷ In dieser Ansicht war zweifellos eine Logik; die Person eines französischen Gouverneurs wäre in den Augen der Bulgaren eine Garantie entgegen türkischer Restaurationsversuche gewesen. Die russischen aussenpolitischen Vorstellungen waren jedoch um vieles inhaltsreicher. Den Plänen gemäß sollte der französische Gouverneur noch während der russischen Besetzung im Land eintreffen, das er mit Unterstützung der russischen Waffen organisiert hätte.³⁸ Zweifellos hätte dies teils die Verlängerung der russischen Besetzung, teils die Legalisierung der bulgarischen bewaffneten Macht zur Folge gehabt. Die drohende Möglichkeit erkannten die Leiter der englischen, beziehungsweise der österreichisch – ungarischen Diplomatie sofort. Andrassy wandte sich an das französische Außenministerium um Aufklärung, von wo die Initiative der französischen Delegierten in Philippopel alsobald desavouiert wurde.³⁹

Die andere Initiative ging von türkischer Seite aus. Die österreichisch – ungarischen Diplomaten holten von verschiedenen Stellen Informationen darüber ein, daß sich die türkische Regierung mit der Möglichkeit einer Besetzung von Ostrumelien befaßt.⁴⁰ Die Nachrichten erwiesen sich für

wahr, indem die Hohe Pforte ihre diesbezügliche Absicht im April 1879 den Mächten zur Kenntnis brachte.⁴¹ Obwohl für die Inkraftsetzung des Berliner Vertrags und des Statuts dies das sicherste Mittel gewesen wäre, begegnete der türkische Vorschlag im Kreise der Mächte keiner Zustimmung. Der russische Widerspruch war selbstverständlich, ebenso auch der englische. Laut österreichisch-ungarischer Beurteilung hätte die türkische Okkupation zu einem allgemeinen Volksaufstand geführt,⁴² was den Zeitpunkt der russischen Evakuierung in die Länge gezogen hätte; daher erhielt der türkische Antrag auch von Wien nicht die notwendige Unterstützung.

Andrássy, der mit dem widersprechenden Charakter der ostrumelischen Verhältnisse gerechnet hat, gab schon am Berliner Kongreß seiner Ansicht Ausdruck, daß im Interesse einer Durchführung der russischen Evakuierung und nach erfolgter Evakuierung die Anwesenheit fremder Aushilfsstruppen nötig sein könnte.⁴³ In seiner diesbezüglichen Meinung wurde er unter dem Eindruck der aus Philippopel angelangten Berichte noch weiter gestärkt, und im Januar 1879 äußerte er sich wiederholt wie folgt: „Das einzige Mittel aber die Räumung zu erreichen liegt in der Perspektive und eventuell in der Ausführung einer gemischten Okkupation.“⁴⁴ Die Konzeption war den übrigen Mächten nicht fremd. Der englische Premier war schon am Berliner Kongreß einer Meinung mit Andrássy und die englische Diplomatie veranlaßte Ende 1878 dementsprechend die Ausgestaltung der Bedingungen einer gemischten Besetzung. Rußland war anfangs gegen eine gemischte Okkupation, doch änderte es unter dem Einfluß der Umstände seinen Standpunkt. Im März 1879 beantragte es selbst die Unterbringung eines Militärkontingents der Großmächte in Südbulgarien.⁴⁵ Den Widerstand inspirierte am Berliner Kongreß die Hoffnung auf eine dauernde russische Besetzung, die Änderung des Standpunktes hingegen jene Annahme, daß den größten Teil der gemischten Besatzungsstreitmacht das russische Militär ausmachen werde, wodurch sich im Endergebnis die Möglichkeit einer weiteren Aufrechterhaltung der russischen Besetzung ergeben wird. Ein völliges Einvernehmen unter den Großmächten kam jedoch nicht zustande. Die Türkei erhob in der Hoffnung auf eine türkische Besetzung ihr Veto, Frankreich schloß sich ihr an, Deutschland aber mißbilligte in Erinnerung an die Frankfurter gemischten Garnisonen eine gemischte Besetzung jedweder Art. Hinsichtlich der Art und Weise einer Durchführung mangelte es auch an einer englisch-russisch-österreich-ungarischen Übereinstimmung. Engländer- und österreichisch-ungarischerseits hielt man es für selbstverständlich, daß an der gemischten Besetzung auch ein türkisches Militärkontingent teilnimmt, die Russen aber verwahrten sich entschieden dagegen.⁴⁶ Es ist nicht gelungen die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, und der Gedanke der gemischten Okkupation wurde – wie Andrássy schrieb – Mitte April in die zweite Reihe zurückgedrängt.⁴⁷ Zur Zurückdrängung trugen sicherlich auch jene Gerüchte bei, wonach die Bulgaren einer gemischten Okkupation genauso gegenübertreten würden wie einer Rückkehr der Türken.⁴⁸

Über den toten Punkt gelang es unter Anwendung eines Punktes der russischen Note vom 24. März — die ursprünglich eine gemischte Okkupation beantragt hat — hinwegzukommen. In der russischen Note war davon die Rede, daß die europäische Kommission nach Fertigstellung des Organisationsstatuts mit einem neuen Mandat nach Ostrumelien zurückkehrt um den Generalgouverneur zu installieren, und sowohl den Generalgouverneur wie auch dessen Räte zu unterstützen.⁴⁹ Im russischen Antrag hätte der europäischen Kommission noch die gemischte Besatzungsstreitmacht eine Unterstützung geboten, doch im Prinzip wäre auch die Möglichkeit gewesen, daß das formelle Beratungsrecht der Kommission zur Garantie des status quo werde. Der Antrag enthielt nämlich sinngemäß auch die Möglichkeit, daß der Generalgouverneur die türkischen Truppen auch unabhängig von der Meinung der Kommission in die Provinz rufe. Den Antrag beurteilten auf Grund durchaus gegensätzlicher Überlegungen sämtliche interessierten Parteien für annehmbar. Die russische Diplomatie erblickte in der Verlängerung der Tätigkeit der Kommission eine Einschränkung des Wirkungskreises des Generalgouverneurs, die österreichisch-ungarische Diplomatie hingegen eine Demonstration des gemeinsamen Willens der europäischen Großmächte. Für die Bulgaren war die Tatsache beruhigend, daß weder die türkische, noch eine sonstige Streitmacht im Lande erscheint, und die Türken erhofften eine zukünftige Nutzung der im Berliner Vertrag gebotenen Möglichkeiten. Zu einer Meinungsverschiedenheit gab nur der Umstand Anlaß, daß die Russen im Kommissionsbeschluß bezüglich der Einberufung türkischer Truppen das Prinzip der Einstimmigkeit geltendmachen wollten, während die übrigen Signatäre des Berliner Vertrags an der Anwendung des Mehrheitsprinzips festhielten.⁵⁰ Die russische Regierung akzeptierte schließlich den letzteren Standpunkt in der Formulierung, daß der Generalgouverneur ohne die Einwilligung der Kommission die türkischen Truppen nicht hereinrufen darf, aber der Mehrheitsbeschluß für ihn verpflichtend ist. Im Laufe der weiteren Abstimmung wurde es noch festgelegt, daß der Mehrheitsbeschluß nur in der Frage der Hereinrufung der türkischen Truppen für den Generalgouverneur verpflichtend ist, bei sonstigen Entscheidungen nur in dem Fall, wenn sie einstimmig getroffen wurden.

Im April 1879 wurde das Mandat der europäischen Kommission um ein weiteres Jahr verlängert, und die Delegierten kehrten mit dem Wirkungskreis nach Philippopel zurück, der in der Vereinbarung zwischen den Großmächten umschrieben wurde. Am 21. Mai veröffentlichte die Hohe Pforte die Ernennung von Pascha Aleko zum Generalgouverneur, und zugleich die Sanktionierung des ostrumelischen Statuts. Am 1. August wurde die russische Evakuierung Ostrumeliens abgeschlossen und das Statut trat tatsächlich in Kraft. Das Organisationsstatut fand im Bestehen und in der Tätigkeit der europäischen Kommission seine sicherste Garantie. Die Kommission stellte eine Garantie gegenüber türkischen Restaurationsversuchen dar, indem die Hereinrufung türkischer Truppen von ihrem Beschluß abhängig war, aber auch gegenüber den bulgarischen Unionsversuchen, da auf Grund ihres Beschlusses die reguläre türkische

Streitmacht dennoch in Anspruch genommen werden konnte. Es ist der Mitwirkung der Kommission zuzuschreiben, daß sich diese, in der Geschichte des internationalen Rechtes als Kuriosität geltende Institution konsolidieren konnte. Die Stabilisation vermochte jedoch nicht von Dauer zu sein. Die Prophetie Andrássys bewahrheitete sich sehr bald: Bulgarien und Ostrumelien vereinigten sich schon im Herbst 1885.

ANMERKUNGEN

- ¹ Laut Wortlaut des Abkommens: „l'établissement d'un grand état compacte slave ou autre est exclu“. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Berlin 1924. Bd. II. S. 115.
- ² *Goriatow, Serge*: La question d'Orient à la veille du traité de Berlin 1870–1876. Paris 1948. S. 97–98.
- ³ *Wertheimer, Edouard*: Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit. Stuttgart 1910. Bd. I. S. 514.
- ⁴ *Kossuth, Lajos*: Értekezés Gr. Andrassy Gyula külpolitikájáról (Abhandlung über die Außenpolitik des Grafen Gyula Andrassy). Irtai Bd. IX. Budapest 1902. S. 243.
- ⁵ Protokoll des zu Wien, am 24. Februar 1878 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten. Haus-, Hof- und Staatsarchiv (im weiteren: HHStA) Wien. Ministerium des Äußeren. Politisches Archiv. LX. Interna. Karton 290.
- ⁶ Andrassy an Beust. Wien, den 14. April 1878. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. Archiv. VIII. England. K. 170.
- ⁷ Mémoire. Vienne, le 21 avril 1878. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. VIII. England K. 170.
- ⁸ *Díószegi, István*: Andrassy und Disraeli im Sommer des Jahres 1877. In: Etudes Historiques Hongroises 1980 publiées à l'occasion du XV^e Congrès International des Sciences Historiques par la Commission National des Historiens Hongrois. Budapest. 1980. Bd. I. S. 629–630.
- ⁹ Andrassy an Beust. Wien, den 23. April 1878. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. Archiv. VIII. England. K. 170.
- ¹⁰ Andrassy an Beust. Wien, den 29. April 1878. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. Archiv. VIII. England. K. 170.
- ¹¹ Zur Erklärung seiner späteren bulgarischen Politik s. Andrassy an Kaiser Franz Joseph. Budapest, den 24. November 1885. HHStA Wien. Kabinettsarchiv. Geheime Akten K. 19.
- ¹² Salisbury an Foreign Office. Aus dem Englischen mitgeteilt durch Sir H. Elliot am 30. April 1878. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. Archiv. VIII. England. K. 170.
- ¹³ Convention entre l'Autriche-Hongrie et la Grande-Bretagne en date de Vienne, le 6 juin 1878, concernant l'attitude à suivre au Congrès de Berlin. HHStA Wien. Min. des Äußeren. Polit. Archiv. VIII. England. K. 170.
- ¹⁴ Oswoboschdenie Bolgarii ot turezkogo iga. Dokumentü w trech tomach. Moskau 1967. Bd. III. S. 102–105.
- ¹⁵ A keleti ügyekre vonatkozó okmányok. St. Stefano-i előleges béke. A congressus jegyzőkönyvei és a berlini szerződés (Urkunden bezüglich der orientalischen Angelegenheiten. Der Vorfrieden von St. Stefano. Protokolle des Kongresses und der Berliner Vertrag). Wien 1878. S. 155 bzw. 157.
- ¹⁶ Andrassy an Kállay. Tisza-Dob, den 3. Januar 1879. Országos Levéltár (Landesarchiv, im weiteren OL) Budapest. Kállay Béni iratai. Fasciculus 38. N^o 158.
- ¹⁷ Commission européenne de la Roumélie Orientale. Protocole N^o 7. Séance du 4 novembre 1878. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 42.
- ¹⁸ Protocole N^o 21. Séance du 10 décembre 1878.
- ¹⁹ Protocole N^o 25. Séance du 20 décembre 1878.
- ²⁰ Protocole N^o 15. Séance du 23 novembre 1878.
- ²¹ Protocole N^o 8. Séance du 6 novembre 1878.
- ²² Protocole N^o 14. Séance du 19 novembre 1878.

- ²³ Abschrift eines Berichtes des Grafen Zichy. Konstantinopel, den 18. Juli 1878. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 40. N° 485.
- ²⁴ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 28. Oktober 1878. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 29.
- ²⁵ Äußerungen Karatheodory Paschas über die Arbeiten der Ostrumelischen Kommission. 4. Januar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 151.
- ²⁶ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 6. Januar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 146.
- ²⁷ Andrassy an Kállay. Wien, den 3. Februar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 151.
- ²⁸ Salisbury an Loftus. London, den 26. Januar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 244.
- ²⁹ Kállay an Andrassy. Philippopol, 11. Februar 1879. Országos Széchényi Könyvtár (im weiteren OSZK) Budapest, Handschriftensammlung, Fol. Hung. 1733.
- ³⁰ Kállay an Andrassy. Philippopol, 14. März 1879. OSZK Budapest. Handschriftensammlung. Fol. Hung. 1733.
- ³¹ Kállay an Andrassy. Philippopol, 1. März 1879. OSZK Budapest. Handschriftensammlung Fol. Hung. 1733.
- ³² Zusammenfassend über den bulgarischen Volkswiderstand s. *Diószegi, István*: Ausztria – Magyarország és Bulgária a San Stefanó-i béke után (Österreich-Ungarn und Bulgarien nach dem Frieden von San Stefano) 1878 – 1879 Budapest 1961. S. 69 – 95.
- ³³ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 21. Dezember 1878. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 124.
- ³⁴ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 4. Februar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 180.
- ³⁵ Kállay an Zwiedinek. Philippopol, den 26. Februar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 276.
- ³⁶ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 7. März 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 250.
- ³⁷ Kállay an Andrassy. Philippopol, den 24. Februar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 237.
- ³⁸ A. a. O.
- ³⁹ Beust an Andrassy. Paris, den 3. April 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 345.
- ⁴⁰ Haymerle an Andrassy. Zom, den 10. April 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 40. N° 351.
- ⁴¹ Kállay an Andrassy. Konstantinopel, den 4. April 1879. OSZK Budapest. Handschriftensammlung. Fol. Hung. 1733.
- ⁴² Kállay an Andrassy. Philippopol, den 11. Dezember 1878. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 124.
- ⁴³ A keleti ügyekre vonatkozó okmányok (Urkunden bezüglich der orientalischen Angelegenheiten). S. 43.
- ⁴⁴ Andrassy an Kállay. Tisza-Dob, den 9. Januar 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 38. N° 158.
- ⁴⁵ Note-verbale. Übergeben durch den kaiserlich russischen Botschafter in Wien, den 24. März 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 320.
- ⁴⁶ Andrassy an Zichy. Wien, den 28. März 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 312.
- ⁴⁷ Andrassy an Zichy. Wien, den 15. April 1897. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 338.
- ⁴⁸ Cingria an Andrassy. Philippopol, April 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 39. N° 329.
- ⁴⁹ Andrassy an Kállay. Wien, den 7. Mai 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 40. N° 354.
- ⁵⁰ Copie d'un télégramme secret adressé par le Comte Giers à Prince Tzeretelew. Livadia, le 10 mai 1879. OL Budapest. Kállay iratok. Fasc. 40. N° 386.